

Richard Schröder

Warum wird die deutsche Einheit mit Vorliebe unter „Pleiten, Pech und Pannen“ abgehandelt? Sicher spielt dabei eine Rolle, dass gute Nachrichten den Adrenalin-Spiegel nicht anheben. Nur was aufregt, steigert die Auflagen und die Einschaltquoten.

Aber dadurch lassen sich die Leser und Zuschauer nicht unbedingt einreden, dass es ihnen auch persönlich schlecht geht. So belegen denn auch Umfragen regelmäßig eine seltsame Diskrepanz. Befragt, wie sie ihre persönliche Lage seit der deutschen Einheit beurteilen, antworten die meisten Ostdeutschen: „gut“ oder „kann nicht klagen“. Befragt nach der Lage in Ostdeutschland allgemein, antworten die meisten: „schlecht.“ Über ihre eigene Lage werden sie sich ja wohl schlecht täuschen. Die Mehrheit ist zufrieden, jeder hält sich aber für eine Ausnahme. Diese Diskrepanz ist keineswegs harmlos. Denn Stimmungen haben Einfluss auf die Spielräume der Politik und nicht nur bei Wahlen. Sie haben vor allem Einfluss auf die Glaubwürdigkeit der Politiker. Wenn die Lage im Ganzen schlecht ist und meine günstigere Lage nur eine Ausnahme, dann sind die Politiker offenbar Versager. Der Grund für den schlechten Ruf der deutschen Einheit scheint durch eine Reihe von Irrtümern über die deutsche Einheit begründet.

Wir führen unsere Einigungsdebatten mit Scheuklappen. Ost und West sind aufeinander fixiert. „Warum sind die Ostdeutschen immer noch so anders als wir?“ – als wäre die westliche Normalität

auch mental das Maß aller Dinge. „Warum geht es uns immer noch schlechter als dem Westen?“, als sei es ausgemacht, dass bei gutem Willen die Folgen von vierzig Jahren DDR in sechzehn Jahren völlig zum Verschwinden gebracht werden konnten. Wer hat mehr zu leiden unter der deutschen Einheit, Ost oder West? Nichts scheint begehrter zu sein im vereinigten Deutschland als der Opferstatus. Denn dann hat man Anspruch auf einen Opferbonus. Nur wer klagt, gewinnt. Und so jammern wir uns um die Wette durch die Jahre. Mit diesen Scheuklappen nehmen wir gar nicht hinreichend wahr, was seit 1989 geschehen ist und bewältigt werden musste. Und deshalb sind auch die Erfolge selten oder nie im Blick. Um die zu bemessen, müssen wir uns klar machen, dass es bei der deutschen Einheit im Osten nicht um einen, sondern um vier Prozesse ging. Für ein gerechtes Urteil muss man sie unterscheiden, obwohl sie miteinander verschränkt sind.

Erstens: Die Herbstrevolution von 1989. Die unvermeidliche Folge dieser Revolution war ein Elitenwechsel, der in der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März und den ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai sichtbar vollzogen wurde. Dazu mussten sich Leute finden, die ohne Vorübung politische Verantwortung übernahmen. Man hat sie vom Westen aus gern als Laienspieler betitelt und dabei offenbar übersehen, dass Politprofis nicht zu haben waren, denn die bisherigen waren in Sachen Demokratie und Marktwirtschaft auch Laienspieler, aber

mit Ressentiments. Dafür gibt es einen äußerst erfreulichen Beleg. Als das Politbüro nach Honeckers Rücktritt auch Glasnost praktizieren wollte, kam es zu der glücklich verunglückten Pressekonferenz, durch die Schabowski unbeabsichtigt die Maueröffnung auslöste. Eine Revolution, das Ende einer Diktatur, stellt immer das Problem der sogenannten Vergangenheitsbewältigung. Täter und Opfer stehen sich gegenüber. Und drittens löst jede Revolution unvermeidlich erhebliche Orientierungsprobleme aus. Das Bisherige gilt nicht mehr, die bisherigen Autoritäten sind diskreditiert, was gilt jetzt?

Zweitens: Die staatliche Vereinigung. Der Osten übernahm die politischen, sozialen, wirtschaftlichen Ordnungen der Bundesrepublik, während im Westen zunächst alles beim Alten blieb. Aber aus eigener Machtvollkommenheit konnten sich die Deutschen gar nicht vereinigen. Völkerrechtlich war nämlich der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet. Die Siegermächte hatten sich die Zuständigkeit für Deutschland als Ganzes vorbehalten, wie am Berlin-Status augenfällig war. Zum Jahreswechsel 1989/90 hatten sich lediglich zwei europäische Regierungschefs für die deutsche Einheit ausgesprochen, nämlich der spanische und der irische. Der italienische Politiker Andreotti hatte gesagt: „Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben.“ Der französische Staatspräsident Mitterrand stattete der DDR Ende Dezember demonstrativ einen Staatsbesuch ab und schloss mit der DDR ein langfristiges Handelsabkommen. Margaret Thatcher berief eine Historiker-Konferenz ein, und die *Times* beschwore die Gefahr eines „Vierten Reiches“. Von der Sowjetunion war zwar zu erwarten, dass Gorbatjow einer inneren Reform der DDR zustimmt, aber doch nicht, dass er den westlichen Vorposten des Imperiums aufgibt.

Drittens: Die staatliche Vereinigung war nicht so einfach wie seinerzeit der Beitritt des Saarlands zur Bundesrepublik, denn nun war im Osten eine zweifache Transformation nötig: von der Diktatur zur Demokratie und von der zentralistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Es gibt dafür keine Vorläufer, wohl aber sozusagen Mitläufer, nämlich alle anderen ehemals sozialistischen Länder Europas. Die mussten den Prozess aber ohne Vereinigung mit einem prosperierenden westlichen Land absolvieren. Die Schmerzen waren und sind deshalb dort erheblich größer.

Viertens: Die Transformation der DDR-Wirtschaft war aber nicht nur ein organisatorisches Problem. Das war schon groß genug. Die Betriebe mussten aus der Verflechtung mit dem Staatshaushalt und der politischen Kommandostruktur herausgelöst, in neue Rechtsformen überführt werden und sich selbst um ihre Produkte und ihren Absatz kümmern. Es musste aber außerdem ein *technologischer Rückstand* von zehn bis zwanzig Jahren aufgeholt werden, wie er am Vergleich von Trabant und Golf augenfällig war. Deshalb lief die Modernisierung der DDR-Wirtschaft faktisch auf eine Neugründung hinaus. Nach einer ersten Schätzung der Treuhandanstalt waren ganze zwei Prozent der DDR-Unternehmen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig.

Die Vereinigung fand zwischen zwei sehr ungleichen Partnern statt. Und das konnte gar nicht anders sein. Ein Fünftel kam zu vier Fünfteln. Ein Staat in Auflösung kam zu einem stabilen Staatswesen, das zwar Reformbedarf, aber keinen Revolutionsbedarf hatte. Ein Staat, dem der Staatsbankrott bevorstand, kam zu einem finanziell wohlsituierteren. Für vier Fünftel blieb zunächst alles beim Altbewährten, während sich für ein Fünftel alles änderte. Das eine Fünftel hatte jene drei Prozesse zu durchlaufen, die kein Gegenstück im Westen hatten. Diese Asymmetrien sind

nicht durch Fehlentscheidungen entstanden, sondern bildeten die Exposition des Einigungsprozesses.

Erfolg und Misserfolg

Und nach welchen Maßstäben können wir Erfolg und Misserfolg des Einigungsprozesses beurteilen? Es gibt vier Maßstäbe, an denen plausibel bemessen werden kann, wie es mit der deutschen Einheit steht.

Erster Maßstab: Wie wird der Stand der deutschen Einheit von außen, also im internationalen Vergleich beurteilt? Ein Italiener hat bemerkt, sie sei weiter fortgeschritten als die italienische. Er hat recht. Sie ist auch weiter fortgeschritten als die belgische. Es gibt in Europa hier und da separatistische Bewegungen, bloß nicht in Deutschland. Die Tschechen und Slowaken und die Völker der Sowjetunion haben die neue Freiheit dazu gebraucht, sich schiedlich-friedlich zu trennen. Wir haben uns vereinigt. Nicht einmal die PDS fordert die Wiederherstellung der DDR. Sie hat auf ihre Weise eine Vereinigung vollzogen. Die Mehrzahl ihrer Bundestagsabgeordneten sind jetzt Westdeutsche. Vom Ausland her betrachtet man die deutsche Einigung als eine Erfolgsgeschichte.

Zweiter Maßstab: Einheit in der deutschen Geschichte. Deutschland ist schon immer durch markante Unterschiede geprägt und hat es gelernt, mit ihnen zu leben. Da ist der uralte Unterschied zwischen dem Niederdeutschen und dem Hochdeutschen. Seit der Reformation ist Deutschland zudem konfessionell gespalten. Aber nach dem furchtbaren Dreißigjährigen Krieg hat es in Deutschland nie wieder konfessionelle Kriege gegeben. Man hat dank des Westfälischen Friedens mit den Unterschieden zu leben gelernt. Die traditionellen Unterschiede in Deutschland sind stärker nord-südlich als west-östlich ausgerichtet, übrigens auch in den neuen Bundesländern. Mecklenburg und

Das Denkmal der Teilung und der Wiedervereinigung am ehemaligen US-Stützpunkt „Point Alpha“ bei Geisa (Wartburgkreis).

© picture-alliance/ZP, Foto: Heinz Hirndorf



Brandenburg waren auch früher vorrangig agrarisch und dünn besiedelt, Sachsen und Thüringen handwerklich-industriell bestimmt. Deshalb sind auch heute die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ostfriesen und Bayern größer als zwischen Thüringern und Hessen oder Schleswig-Holsteinern und Mecklenburgern. Was vom Westen aus oft übersehen wird, sind die gewaltigen Unterschiede innerhalb des Ostens. Gemeint sind nicht die landsmannschaftlichen, sondern die posttotalitären. Es gibt hin und wieder Veranstaltungen, bei denen ehemalige Funktionäre der SED und DDR-Opposi-

tionelle aufeinanderstoßen. Da fliegen die Fetzen.

Es gibt in den östlichen Bundesländern einen tief greifenden Bevölkerungsrückgang. Er beruht allerdings nur zur Hälfte auf Abwanderung, die andere Hälfte ist Folge des Geburtenrückgangs nach 1990. Und die Abwanderung ist der Saldo viel größerer Wanderbewegungen in beide Richtungen. Von 2001 bis 2003 ist die ostdeutsche Bevölkerung insgesamt durch Abwanderung um hundertfünfzigtausend gesunken. 862 000 sind gegangen, aber 715 000 sind von West nach Ost gekommen oder zurückgekommen. Wir vermischen uns also.

Dritter Maßstab: die anderen ehemals sozialistischen Länder. Überall war der Transformationsprozess mit schweren wirtschaftlichen Verwerfungen und hoher Arbeitslosigkeit, auch mit Abwanderung verbunden. Überall sitzen postkommunistische Parteien in den Parlamenten, öfter auch in Regierungen. Überall ist das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung sehr wechselhaft. Überall gibt es leider auch nationalistischen Radikalismus. Überall gibt es das Problem des Elitenwechsels, zermürbende Auseinandersetzungen um die Vergangenheit und um Eigentumsfragen. All das und mehr erscheint vielen Westdeutschen als typisch Ost, ist aber in Wahrheit typisch posttotalitär. Bei diesem Vergleich schneidet Ostdeutschland sehr gut ab. Dank der Vereinigung konnten die Schmerzen dieses Prozesses in Ostdeutschland namentlich für die Rentner und Arbeitslosen erheblich abgefedert werden. Alle jene Länder waren mit dem Problem der hohen Staatsschulden konfrontiert. Sie haben sie durch Inflation abgebaut, was die Sparguthaben vernichtet und zu einer Phase der Altersarmut geführt hat. In Polen beträgt die Arbeitslosigkeit achtzehn Prozent, in Nordböhmien ebenfalls, aber Arbeitslose bekommen nur ein Jahr Unterstützung. Von allen ehemals sozialisti-

schen Ländern hat Ostdeutschland den weitaus höchsten Lebensstandard und die beste Infrastruktur.

Vierter Maßstab ist der Vergleich der Lebensbedingungen in der DDR mit unseren heutigen. Die Forderung der ostdeutschen Demonstranten von 1989 sind erfüllt: Stasi raus, Reisefreiheit, freie Wahlen, Einheit Deutschlands. An erster Stelle ist der *Freiheitsgewinn* zu nennen, und dabei ist nicht zuerst die Reisefreiheit, sondern die Freiheit von der *Angst vor Verhaftung* gemeint. Noch im Sommer 1989 wurde von SED-Funktionären vertraulich die Warnung weitergegeben, der Platz des Himmlischen Friedens sei näher, als manche denken. Gemeint war die blutige Niederschlagung der Demonstrationen in Peking, die Egon Krenz ausdrücklich gelobt hatte. Zum 9. Oktober 1989, nach der Jubelfeier des vierzigsten Jahrestages, war alles vorbereitet, um die Leipziger Montagsdemonstration gewaltsam niederzuschlagen. Die Krankenhäuser waren mit zusätzlichen Blutkonserven beliefert und das AGRA-Gelände in Markkleeberg zur Internierung der Demonstranten vorbereitet. Es kam aber kein Einsatzbefehl aus Berlin, und die Sicherheitskräfte zogen sich zurück, weil sie befürchteten, mit der unerwartet hohen Anzahl von Demonstranten nicht fertig zu werden. Zweitens die Freiheit vom *ideologischen Zwang*: zu denken ist dabei besonders an die Zeitungen, an die Museen und an die Schule, an Staatsbürgerkunde und Geschichte. Und drittens die Freiheit zur *politischen Betätigung* namentlich für Christen. Als Pfarrer durfte man in der DDR nicht einmal Mitglied im Elternbeirat werden.

Gewinn von Lebensqualität

Nun zu den ökonomischen Seiten. Die Ostdeutschen haben einen mit den anderen ehemals sozialistischen Ländern unvergleichlichen Wohlstandsgewinn erfahren. Während sich nämlich in jenen

anderen Ländern nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus die Lebensbedingungen und Einkommen über Jahre rapide verschlechterten, kam es nach 1990 im Osten zu beachtlichen Lohnsteigerungen. Die Ausstattung der Haushalte mit technischen Gütern hat den westlichen Standard erreicht, auch der Grad der Motorisierung, während in der DDR die Lieferfrist für ein Auto mehr als zehn Jahre betrug. In der DDR herrschte bis zuletzt Wohnungsmangel. Honecker wollte zwar das Wohnungsproblem bis 1990 lösen. Da er das nicht schaffte, wurde verfügt, dass Wohnungssuchende nicht mehr erfasst werden sollen. Man wollte das Problem ersatzweise durch geschönte Statistik lösen. Heute haben wir mit dem Gegenteil zu kämpfen, nämlich Leerstand. Auch der macht erhebliche Probleme. Trotzdem sollten wir doch nicht vergessen, dass der Wohnungsmangel behoben ist und dass sich die Qualität der Wohnungen ganz erheblich verbessert hat. Manche sagen, das Gesundheitswesen sei in der DDR besser gewesen. Das ist falsch. Es war in mancher Hinsicht bequemer. Und Praxisgebühren gab es auch nicht. Wir waren aber damals nicht etwa gesünder, sondern mussten im Durchschnitt früher sterben. Für manche Krankheiten gab es Medikamente und Operationen nur im Westen – oder im Regierungskrankenhaus, aber nicht für Otto Normalverbraucher. Seit 1990 ist die Lebenserwartung im Osten um fünf Jahre gestiegen, das heißt doppelt so schnell wie im Westen. Sie ist jetzt in Ost und West etwa gleich. Auch das hat Milliarden gekostet. Übrigens: Seit 1990 ist die Suizidrate in den neuen Bundesländern erheblich gesunken.

Das Bildungswesen entspricht westlichem Standard. Östliche Universitäten sind auch bei westlichen Studenten be-

liebt, weil sie nicht so riesengroß und anonym sind. Die Anzahl der Abiturienten pro Jahrgang hat sich enorm erhöht. Schließlich sind mit ungeheuren Kosten die massiven Umweltschäden beseitigt worden, die die DDR hinterlassen hat. Am gefährlichsten waren die beim Uranbergbau (Kosten: rund 6,2 Milliarden Euro). Aber auch der Braunkohlenabbau hatte Wüsten hinterlassen, die nun zu Seenlandschaften werden. Die verseuchten Truppenübungsplätze und Kasernengelände, die Beseitigung der Minen am Grenzstreifen, der Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg, die Liste lässt sich fortsetzen.

Die Städte und Dörfer haben ihr Gesicht wiederbekommen. In den sechzehn Jahren seit der Vereinigung ist weit mehr renoviert worden als in vierzig Jahren DDR. Die Infrastruktur, Straßen, Schienen, Telekommunikation, Strom, Wasser, Abwasser haben in einem Aufholprozess, der einen Bruchteil der Zeit gedauert hat, der im Westen für diesen Standard gebraucht wurde, im Ganzen westliches Level erreicht, auch wenn die Landespolitiker hier noch ein Stück Autobahn und dort irgendetwas anderes vermissen. Und weil man nicht auf fünfzehn Jahre alt renovieren kann, kann ein westlicher Bürgermeister auf Besuch im Osten durchaus zu Recht bemerken, sein Rathaus sei in einem schlechteren Zustand als dieses.

Es ist nicht ganz einfach, einen plastischen Eindruck von dem enormen Zuwachs an Lebensqualität zu vermitteln, den wir alle im Osten erfahren haben. Auch die genialsten Klagekünstler werden sich schwertun, diese Bilanz im Tatsächlichen anzufechten. Sie können nur jeweils „ja, aber“ dagegensetzen, und da mischen sich oft handfeste Irrtümer über die deutsche Einheit ein.